

## NEWSLETTER

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 29. April 2022



### Inhalt

Waffenlieferungen  
an die Ukraine

Sondervermögen  
für die Bundeswehr

Themen des  
Agrarausschusses

Weitere Initiativen  
der CDU/CSU-  
Fraktion

Terminrückschau

**CDU**

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Monate dauert mittlerweile der Krieg in Europa. Deutschland steht an der Seite der Ukraine und unterstützt dessen Selbstverteidigungsrecht und die Suche nach einer diplomatischen Lösung. Neben den Sanktionen gegen Russland sowie der humanitären und finanziellen Unterstützung ist die Lieferung von militärischer Ausrüstung ein wichtiger Aspekt.

Die Debatte um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine stand auch im Vordergrund dieser Sitzungswoche. Es ist gut, dass die Ampel-Koalition nach langem Zögern des Bundeskanzlers endlich eingelenkt hat und gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion den Antrag "Frieden und Freiheit in Europa verteidigen - Umfassende Unterstützung für die Ukraine" auf den Weg bringen wird.

Auf der Tagesordnung dieser Sitzungswoche stand außerdem die bessere Ausrüstung unserer Bundeswehr. Weiter beschäftigen uns die Inflation, die hohen Energiepreise sowie die Nahrungsmittelknappheit. Verbraucher müssen die Preissteigerungen stemmen, und gleichzeitig leidet die Wirtschaft noch immer unter den Nachwirkungen der Pandemie, unterbrochenen Lieferketten und rasant steigenden Erzeugerpreisen.

Konkrete Lösungsansätze bieten wir als Union hierbei unter anderem mit unseren Anträgen zu einem "Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte" sowie zur Gewährleistung einer bezahlbaren Mobilität.

Über diese und weitere Themen und Termine berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Ihr

Hermann Färber MdB

### Waffenlieferungen an die Ukraine

Der Bundestag hat diesen Donnerstag über den von den Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und der CDU/CSU gemeinsam vorgelegten Antrag mit dem Titel „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ debattiert. Der Antrag wurde nach namentlicher Abstimmung mit 586 Ja-Stimmen angenommen.

Gemeinsam mit den Ampel-Fraktionen fordern wir die Bundesregierung darin unter anderem dazu auf, alle Bemühungen der ukrainischen Regierung zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, in direkten Verhandlungen mit der russischen Führung einen Waffenstillstand zu erzielen.

Der Antrag beinhaltet außerdem die Forderung, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen, wo möglich zu beschleunigen, und auch die Lieferung schwerer Waffen und komplexer Systeme, etwa im Rahmen des Ringtausches mit auf die Agenda zu nehmen. Voraussetzung ist allerdings, dass Deutschlands Fähigkeiten zur Bündnisverteidigung nicht gefährdet werden.

Dieser Antrag dient der Bundesregierung als Unterstützung für das weitere Vorgehen. Dass der Antrag aus einer breiten Mehrheit der Mitte des Deutschen Bundestages beschlossen wurde, ist ein klares Signal der Solidarität mit der Ukraine und der Geschlossenheit gegen den russischen Angriffskrieg.

Weitere vorgesehene Maßnahmen des Antrags sind unter anderem ein Ausstiegsfahrplan für russische Öl- und Gasimporte, eine Forcierung des zügigen und konsequenten Ausbaus, ein weitgehender Ausschluss aller russischen Banken aus Swift sowie die Stärkung der NATO-Truppenpräsenz an der Ostflanke, auch durch die Bundeswehr.

### Links

Link zur Debatte im Deutschen Bundestag:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-selbstverteidigung-ukraine-891272>

Link zu dem gemeinsamen Antrag:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/015/2001550.pdf>

### Sondervermögen für die Bundeswehr

Auf der Tagesordnung dieser Sitzungswoche stand außerdem die Ausrüstung unserer Bundeswehr zur längerfristigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Für die Bereitstellung des 100-Milliarden-Sondervermögens ist ein Gesetz notwendig, über dessen Entwurf der Bundestag am Mittwoch erstmals debattierte. Da dieser Posten im Grundgesetz verankert werden und die geltende Schuldenbremse ausgesetzt werden soll, braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Merz, hat die Bedingungen einer Zustimmung unserer Fraktion benannt. Erstens müssten die 100 Milliarden ausschließlich der Aufrüstung der Bundeswehr dienen. Zudem müsse die Koalition bereit sein, künftig jedes Jahr eine Summe in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu stecken – also die sogenannte Nato-Quote zu erfüllen. Drittens müsse ein Tilgungsplan für die vom Sondervermögen aufgenommenen Schulden vorgelegt werden.

Der bisherige Vorschlag der Ampelkoalition für die Ausgestaltung des Sondervermögens bleibt hinter unseren Erwartungen zurück, weil er in jetziger Form nicht dazu führen wird, die Bundeswehr langfristig zu stärken.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-grundgesetz-889618>.

### Themen des Agrarausschusses

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir war am Mittwoch im Agrar- und Ernährungsausschuss zu Besuch, um zum Entwurf für den Bundeshaushalt 2022 der Bundesregierung Stellung zu nehmen. Für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft (Einzelplan 10) sind 7,1 Milliarden Euro vorgesehen.



© Deutscher Bundestag / Leon Kügeler / photothek



## Die Sitzungswoche

Aus Sicht meiner Fraktion sind bei der Finanzierung der agrarpolitischen Schwerpunkte der Ampel folgende Punkte zu kritisieren:

- Die Absenkung der Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung von 176,5 auf 100 Mio. Euro führt zu Beitragserhöhungen in der Berufsgenossenschaft von bis zu 18 Prozent.
- Der Baransatz für das Zukunfts- und Investitionsprogramm wird auf 188 Mio. Euro abgesenkt, und die Verpflichtungsermächtigungen dagegen auf 120 Mio. für 2023 erhöht werden.
- Der Ansatz für eine Tierwohlkennzeichnung - welche jetzt verpflichtend sein soll - wurde von 20 Mio. in 2021 auf 2 Mio. Euro abgesenkt, und 12 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung für 2023 sollen ausgebracht werden.
- Trotz vieler Ankündigungen gibt es für das Jahr 2022 keine Mittel für Tierwohlställe. Im Finanzplan ist für 2023 lediglich eine nicht ausreichende Summe von 150 Mio. Euro vorgesehen. Bis 2025 soll insgesamt 1 Mrd. Euro dafür bereitgestellt werden.
- Wie in den anderen Ministerien auch, soll es im Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) und seinen nachgeordneten Behörden einen großen Zuwachs an Stellen und Kosten geben. Die Kosten steigen von 371 Mio. Euro in 2021 auf geplante 436 Mio. Euro in 2022. Die Zahl der Stellen steigt von 4742 auf 4833.

### **Kommentar zur Diskussion um die Zukunft der Tierhaltung**

Zur aktuellen Diskussion um die Zukunft der Tierhaltung und die Kritik der Borchert-Kommission an den bisherigen Maßnahmen der neuen Bundesregierung möchte ich in aller Kürze Stellung nehmen:

Trotz politischer Zusagen zeichnet sich eine Umsetzung des bereits im Jahr 2020 veröffentlichten Konzeptes des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zur Zukunft der Tierhaltung bisher leider nicht ab. Bei der Frage, wie die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland künftig gestaltet und finanziert werden soll, darf aber nicht noch mehr Zeit ins Land gehen - die Zeit zu handeln ist jetzt, denn Stallumbauten benötigen aufgrund der hohen Investitionssummen von Seiten der Landwirtinnen und Landwirte langfristige Finanzierungskonzepte und Perspektiven.

Ich halte die Borchert-Vorschläge für den Umbau der Tierhaltung weiterhin für eine große Chance auf eine Nutztierhaltung, die gesellschaftlich akzeptiert ist, den Klimaschutz berücksichtigt und deren Wettbewerbsfähigkeit dennoch erhalten bleibt. Daher appelliere ich eindringlich an die Ampel-Parteien und den Bundesminister, diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

## Weitere Initiativen der CDU/CSU-Fraktion

### Maßnahmen gegen die drohende Rezession

Um die aktuellen Herausforderungen bei der Inflation, den Energiepreisen, den Nachwirkungen der Pandemie und teilweise unterbrochenen Lieferketten sowie den steigenden Erzeugerpreisen zu stemmen, reicht es nicht aus, wenn die Bundesregierung lediglich Transferleistungen anhebt.

Neben der Kostenbelastung für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze muss auch die wuchernde Bürokratie zurückgedrängt werden. Als wenn nichts passiert wäre, arbeiten sowohl die Bundesregierung und auch die Europäische Union an neuen Belastungen, Auflagen und Berichtspflichten. Wir brauchen jetzt ein Belastungsmoratorium, damit die Wirtschaft wieder auf die Beine kommt, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können.

### Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte

Keine neuen Belastungen einzuführen ist nach unserer Ansicht nicht ausreichend. Daher haben wir in unserem Antrag ein Sofortprogramm mit folgenden Punkten gefordert:

1. Wir müssen an den zentralen Stellschrauben der Wirtschaftspolitik ansetzen und diese für Unternehmen und deren Beschäftigte günstig gestalten. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die erheblichen Verwerfungen durch den Russland-Ukraine-Krieg stellen die Unternehmen vor besondere Herausforderungen.
2. Wir brauchen neue Impulse für eine Erholung und einen anhaltenden Aufschwung der Wirtschaft. Darunter fallen bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte, ein spürbarer Bürokratieabbau, ein Belastungsmoratorium und Planungsbeschleunigung. Darüber hinaus brauchen wir Entlastungen von Steuern und Abgaben, flexible arbeitsrechtliche Regelungen und Arbeitszeitmodelle sowie eine leistungsfähige Infrastruktur.

## Links

Link zur Debatte im Deutschen Bundestag:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-sofortprogramm-unternehmen-889600>

Link zum Antrag der CDU/CSU:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/014/2001499.pdf>

### **Steigende Energiepreise – Bezahlbare Mobilität gewährleisten**

Kurzfristige Energiepreispauschalen und eine vorübergehende Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate sind zwar ein erster Ansatz aber keine dauerhafte Lösung. Das Tanken ist und bleibt teuer. Das merken insbesondere Pendler und Menschen im ländlichen Raum, die auf das Auto tagtäglich angewiesen sind.

Auch die Unternehmen der Transport-, Logistik- und Busbranche belasten die hohen Kraftstoffpreise massiv. Als CDU/CSU-Fraktion erwarten wir von der Bundesregierung ein entschlossenes Handeln und ein abgestimmtes Vorgehen, um eine Perspektive für alle Betroffenen aufzeigen.

Link zur Aktuellen Stunde über die Entwicklung der Energiepreise:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-aktuelle-stunde-energiepreise-891550>.

### **Klimaanpassung forcieren**

Die Klimaanpassung ist neben der direkten Einsparung von CO<sub>2</sub> ein wichtiger Pfeiler der Klimaschutzpolitik. Aufgrund der Folgen des Klimawandels muss sich unsere Gesellschaft vorbereiten.

Das "Sofortprogramm Klimaanpassung" von Umweltministerin Lemke reicht diesbezüglich nicht aus. Der Entwurf für ein Klimaanpassungsgesetz steht auch noch aus. Daher greifen wir mit unserem Antrag einen umweltpolitischen Schwerpunkt des gemeinsamen Regierungsprogramms von CDU und CSU aus dem Jahr 2021 auf, der darauf abzielt, die Bundesregierung endlich in den Handlungsmodus bringen.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-klimaanpassung-889560>

Link zum Antrag der CDU/CSU: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/014/2001498.pdf>

### **Abschaffung der EEG-Umlage**

Wir unterstützen die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage und die damit verbundene Entlastung. Aber: Der von der Ampel vorgesehene Mechanismus zur Absicherung der Weitergabe an die Endkunden und Verbraucher (Verrechnungsverbot) wurde in der öffentlichen Anhörung kritisiert. Hier muss die Koalition noch den Mechanismus verbessern.

Der in dieser Woche in 2./3. Lesung beratene Gesetzentwurf hat einen Ansatz aufgegriffen, den wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits am 18. Februar 2022 mit unserem Antrag "Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen – Zeitnah wirksam und gerecht entlasten" (nachzulesen unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000725.pdf>) gefordert haben.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-eeu-umlage-889580>.



Übergabe des Baum des Jahres.

Quelle: Bund deutscher Baumschulen (BdB)

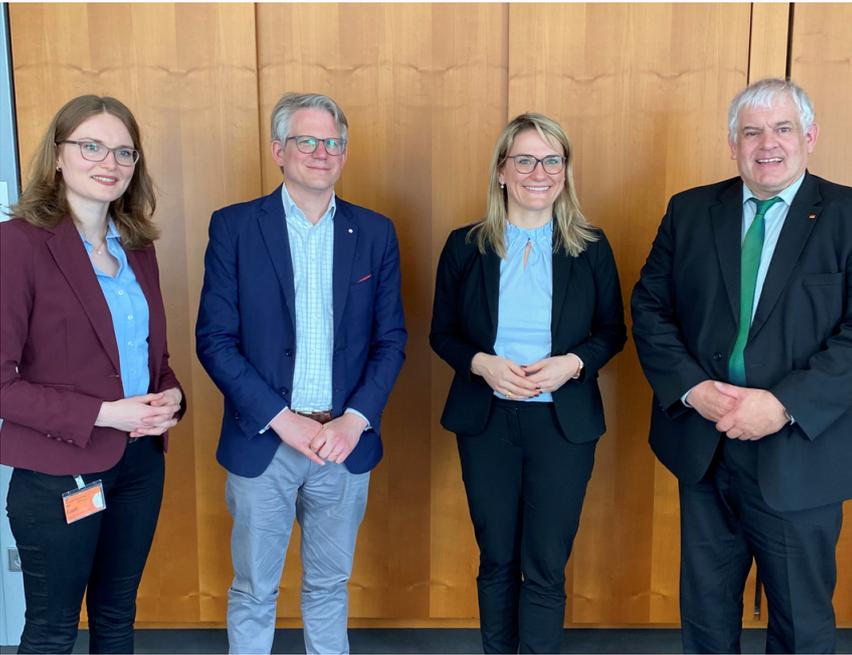


Am Mittwoch überreichte der Bund der deutschen Baumschulen und die Dr. Silvius Wodarz Stiftung den Mitgliedern des Agrarausschusses den Baum des Jahres. Der Baumkönig war ebenfalls anwesend.

Den Tag des Baumes gibt es in Deutschland seit 70 Jahren. Er wurde von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ins Leben gerufen und machte damals auf die Übernutzung der Wälder aufgrund der Nachkriegssituation aufmerksam. Durch den Reparationshieb wurden zehn Prozent der deutschen Wälder kahlgeschlagen und auch die Kohlekrise tat ihr Übriges.

Heute macht uns der Tag des Baumes auf die Folgen des Klimawandels und die Rolle der Wälder im Kampf gegen diesen aufmerksam. Immer häufiger auftretende Dürreperioden, die rasante Ausbreitung von Insekten und die globale Erderwärmung machen unseren Bäumen zu schaffen.

Dieses Jahr ist die Rotbuche der Baum des Jahres. Buchen sind konkurrenzstark und können Waldlücken schnell ausfüllen. Obwohl sie verhältnismäßig viel Wasser brauchen, gelten sie als Wasserwerk des Waldes, da der Regen an ihrem glatten Stamm direkt in den Waldboden läuft und wenig verdunstet.



Gesprächstermin mit den Familienbetrieben Land und Forst (FABLF) und meiner Kollegin Christina Stumpp MdB.  
Quelle: Hermann Färber



Gesprächstermin mit MdEP Bernhuber, österreichischer Abgeordneter im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der EU und dem Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes, Paul Nemecek.  
Quelle: Hermann Färber

### Sitzungswochen in Berlin

09. - 13. Mai 2022

16. - 20. Mai 2022

30. Mai - 03. Juni 2022

### Terminvorschau

02. Mai: Treffen der jagdpolitischen Sprecher der CDU aus den Ländern, dem Bund und der EU in Stuttgart

04. Mai: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Süßen

05. Mai: Termin mit dem Präsident des Hauptverbands Deutsche Holzindustrie in Hohenstein-Oberstetten

07. Mai: Treffen der CDU Nordwürttemberg in Waiblingen

11. Mai: Gespräch mit den Umweltverbänden NABU, WWF und BUND zum Thema Ernährungssicherung und Umweltschutz

#### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

#### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

#### Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)